

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94.

Dienstag, den 24. April 1900.

7. Jahrgang.

## Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Maifeier!

### Die bürgerliche Opposition.

Der Klassenkampf, den gegenwärtig die Agrarier um das Fleischbeschaugesetz und damit indirekt um die künftigen Handelsverträge mit forcirter Kraftanstrengung kämpfen, daneben auch der Klassenkampf der Mittelstandspolitiker um die Waarenhaussteuer, und endlich der Klassenkampf der Klerikalen um die lex Heinze — alle drei verzweifelten Anstrengungen von Interessengruppen, über deren ehemals blühende Größe die Walze der modernen ökonomischen Entwicklung zermalmen oder verheerend hinwegging, gegen diese — hat die vor noch nicht langer Zeit proklamirte Miquel'sche Sammelpolitik gründlich ad absurdum geführt und ihr Fiasko glänzend bestätigt. Es dürfte gegenwärtig wenig großkapitalistische Politiker geben, denen nicht klar geworden ist, daß das kapitalistische Bürgerthum keine größere Thorheit begehen konnte, als die, bei der Reaktion Schutz zu suchen gegen das Proletariat, und ihre Macht zu stärken. Was wollen die im Grunde doch so geringfügigen Forderungen der Arbeiter bedeuten gegen den wüthenden Ansturm der Agrarier im Fleischbeschaugesetz, der die deutsche Exportindustrie, den Außenhandel und den Schiffsverkehr mitten in's Herz treffen würde!

Zum ersten Male seit dem Bestehen des Reiches hat sich denn auch das Bürgerthum ernsthaft und energisch gegen die Reaktion zur Wehr gesetzt; das kapitalistische Bürgerthum gegen Fleischbeschaugesetz und Waarenhaussteuer. Künstler, Literaten, Gelehrte, Berleger, Buch- und Kunsthändler, Zeitungsbesitzer und Theaterdirektoren, gegen die lex Heinze. Das gefährdete materielle Interesse hat vollbracht, was keine Prinzipien jemals bewirkt hätten.

Haben nun aber diese Tageskämpfe die Befehdung der Arbeiterpartei seitens der bürgerlichen Klasse etwas in den Hintergrund gedrängt und das Scharfmachertum eine Weile zum Verstummen gebracht, so darf man daraus keineswegs schließen, daß die Stimmung der Bourgeoisie im Allgemeinen gegen den proletarischen Klassenkampf sonderlich besser geworden ist. Zu der Einsicht hat sich das Bürgerthum immer noch nicht aufgeschwungen, daß es in seinem eigenen Interesse gelegen ist, mit dem Proletariat Schulter an Schulter gegen die Reaktion in allen ihren Gestalten zu kämpfen.

Es dürfte sogar sehr fraglich sein, ob die bürgerliche Opposition gegen das Fleischbeschaugesetz und den Umsturz der Handelsvertragspolitik nicht wieder erschöpft und sich zu schwächlichen Kompromissen verlegt.

Den Nationalliberalen namentlich kann nur ein weltfremder Optimist und Illusionär Ausdauer und Festigkeit in der Opposition zutrauen.

Ein Dresdener Vorortblatt, die „Elbgaupresse“, hat dieser Tage geschrieben: „Die liberale Partei, die einstens in Sachsen Geschichte gemacht hat, ist heute zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. In der Gegenwart versteht man in Sachsen unter einem Nationalliberalen einen Menschen, in dessen Gehirn sich vorwärts- und aufstrebende liberale Ideen mit den reaktionären Anschauungen der Konservativen bis zur vollkommenen Charakterlosigkeit gemischt haben. Nichts fehlt dem sächsischen Liberalismus mehr als ein Charakterfester, energischer Mann, der den reaktionären Ballast, mit dem in den letzten Jahren das liberale Parteischiff beladen worden ist, rücksichtslos über Bord wirft, um Raum zu schaffen für die kostbaren Güter der Freiheit.“ Dieser von dem Blatt erhoffte nationalliberale Messias wäre aber längst gekommen, wenn die Partei nicht zu impotent wäre, ihn zu erzeugen.

Was aber hier vom sächsischen Nationalliberalismus gilt, gilt vom deutschen überhaupt. Er hat bei den Massen längst abgewirthschafft und freundet sich darum immer mehr bei den Bündlern an, um mit ihrer Unterstützung Mandate zu erhalten, wofür er seinerseits den extremsten bündlerischen Forderungen Konzessionen macht und bei Nachwahlen den bündlerischen Kandidaten zum Siege verhilft, wie bereits mehrfach geschehen.

Ein drastisches Beispiel liefert ja gegenwärtig wieder der Kandidat im 2. ostfriesischen Reichstagswahlkreise, Herr Dr. Semler aus Hamburg. Man sollte doch denken, in gegenwärtiger Zeit, wo der heiße Kampf um das Fleischbeschaugesetz, zugleich als Beispiel für die Handelsverträge, tobt, müßte ein Mann, der für die Wirtschaftsinteressen einer Stadt wie Hamburg, des Emporiums des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt, Verständnis hat, sich mit unzweideutiger Entschiedenheit gegen eine Agrarpolitik erklären, die den Lebensnerv seiner Vaterstadt bedroht. In seiner Mandatsgier aber paktirt der Herr mit den Bündlern, freilich nur halb und halb und in zweideutiger Weise — der Wahlkreis hat ja auch viele nichtagrarisches Wähler und darum spielt der Herr Kandidat die Rolle der Vilität auf dem Blockberg im „Faust“: „Jedem kommt sie wie sein Liebchen vor.“

Herr Dr. Semler ist ein Typus. Es giebt ja auch Ausnahmen, im Großen und Ganzen aber ist das echt nationalliberal. Anderenfalls wäre die agrarische Junkerrechtlosigkeit längst in ihre Schranken gewiesen.

An der agrarischen und reaktionären Pestilenz, an der Deutschland heute so schwer krankt, sind die Nationalliberalen der schuldigste Theil.

(„Hamb. Echo“.)

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Nachmals zur Diätenfrage. Die Krupp'schen „Berliner Neuesten Nachrichten“ setzen den Kampf gegen die Diäten mit ungeschwächtem Eifer fort. Von konservativer Seite war bekanntlich angeregt worden, statt der Diäten oder der von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Präsenz- (Anwesenheits-) gelder vielmehr eine individuelle Entschädigung nach Art der Zeugnengebühr einzuführen: d. h. dem einzelnen Abgeordneten seine Versammlung zu vergüten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ setzen nun mit vollem Recht und mit durchschlagenden Gründen auseinander, daß ein einheitlicher Maßstab, um zu berechnen, was ein einzelner Abgeordneter an pekuniärem Schaden durch die Theilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen erleidet, einfach unauffindbar ist. Soweit gut. Statt nun aber aus diesen ihren eigenen Ausführungen den Schluß zu ziehen, daß somit nur die Einführung von Diäten oder aber Besatzungsgeldern übrig bleibt, erklären die „Neuesten“ vielmehr:

Die grundsätzlichen Bedenken, welche den Reichstagsdiäten von jeher entgegenstanden haben, wurden durch den Gedanken der Präsenzgelde nicht entkräftet. Dagegen sind sie durch die demagogische Entwicklung, welche die Wahltagitation im Laufe der Jahre genommen hat, noch außerordentlich „verfärbt“.

D. h. auf deutsch: solange Freikonservative, Konservative und Nationalliberale im Reichstag überwogen, wäre es noch einigermaßen angängig gewesen, an solche „patriotische“, „nationale“ Abgeordnete Diäten zu zahlen. Aber Diäten an „Nörgler“, „Reichsfeinde“, „vaterlandslos“ Gesellen zu zahlen: schrecklicher Gedanke für einen Krupp'schen oder Stumm'schen Tintenkuli, der nur mit Widerstreben das patriotische Opfer auf sich nimmt, sich für seine „geistige“ Arbeit im Dienste des Vaterlandes — oder, wie andere sagen, des Unternehmertums — bezahlen zu lassen.

Kongress der evangelischen „Arbeiter“vereine. Ihren Delegirten haben die deutschen evangelischen „Arbeiter“vereine in verfloßener Woche in Dresden abgehalten. Es war eine sehr feine Gesellschaft da zusammen — Superintendenten, Pastoren, Gelehrte, Privatiers, Fabrikanten u. s. w. Alle diese „Arbeiter“ fühlten sich berufen, nach ihrer Art die Arbeiterinteressen zu „vertreten.“ Aus dem Munde von pfäfflichem und patriotischem Formelkram sei nur einiges allgemein Interessante erwähnt. So hat man u. A. in Bezug auf die in Aussicht stehende Reform des Krankenkassengesetzes gewünscht: Die Ermöglichung der freien Arztwahl für alle Kassemitglieder mit Ausnahme der Untersuchung bei der Aufnahme, der notwendigen Maßregeln gegenüber Simulan-

ten und sonstiger besonderer Fälle. Die Gewährung der Apotheken-Konzession an die Krankenkassen, wenn die vorhandenen Apotheken billigen Ansprüchen nicht genügen. Die Beseitigung des Verbois der sogenannten Ueberversicherung für die versicherungspflichtigen Personen. Die Ausdehnung der Krankenkassenversicherung auf die Hausindustrie. Gleichzeitig sprach sich der Gesamtverband für volle Beibehaltung der bisherigen Selbstverwaltung der Krankenkassen aus. Den wichtigsten Punkt der Verhandlungen bildete die Gewerkschaftsfrage. Pfarrer Raumann plaidirte für gewerkschaftlich-unpolitische Organisation der Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine, soweit die handvoll wirtlicher Arbeiter in Frage kommen. Er hat dabei den Anschluß an die bestehenden Gewerkschaften im Auge, wofür er einige diesbezügliche Thesen aufgestellt hatte. Raumann fiel mit seiner Ansicht aber gründlich ab. Er mußte sich von dem Korreferenten, Reichstags-Abgeordneten und Fabrikanten (!) Franken-Bochum direkt auf den Kopf sagen lassen, daß er — Raumann — mit seinen Ansichten in den evangelischen Arbeitervereinen nichts mehr zu suchen habe. Es gehe ihm so, wie es Göhre und anderen Männern ergangen sei. Das ist deutlich! Auch in der Debatte hatte N. alles gegen sich, und die Fluth von gegen ihn gerichteten Resolutionen und Anträgen thaten ein übriges. Aus alledem klang das eine Finale: Furcht vor der Ansetzung durch die Sozialdemokratie! Zukunftsmuff nannte man das Gewerkschaftswesen. Ja, das glauben wir, daß den Pfaffen und Fabrikanten, welche die erste Geige in diesen Auarbeitervereinen spielen, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nicht in den Kram paßt. Frei nach Franken nahm man die folgenden Leitsätze an:

1. Der Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine erachtet es nicht als seine Aufgabe, den einzelnen Vereinen zu empfehlen, Gewerkschaften zu organisiren; 2. er überläßt es den einzelnen Mitgliedern, bestehenden Gewerkschaften, sofern sie nicht von der Sozialdemokratie geleitet werden, beizutreten; 3. er begrüßt lebhaft die im Reichstage angestrebten Arbeiterkammern, welche dazu dienen, die Interessen der Arbeiter zu wahren und sie wirtschaftlich zu schulen. Er erachtet die Arbeiterkammern als geeignet, sozialdemokratische Bestrebungen und konfessionelle Neigungen aus der Arbeiterbewegung fernzuhalten.

Sehr geärgert waren die Vorstehenden auch über die Stumm'sche „Post.“ Das Organ hat ihnen den Vorwurf des „fadenheimigen Parrotismus“ und „verfälschter Religiosität“ gemacht. Das war sogar Herrn Raumann zu dumme — er wollte die „Post“ verklagen. Er drang aber damit nicht durch. — Alles in allem beweist der Delegirtenkongress, daß diese evangelischen Arbeitervereine unter der Inspiration der gekennzeichneten Personen hauptsächlich als Stumm'sche gegen die Sozialdemokratie gebraucht werden. Deshalb hatte wahrscheinlich auch die Regierung einen Vertreter gesandt. — Kindliches Beginnen!

Ausnahmegeschliches aus Belgien in der „Kreuz-Zeitung“. Der belgische Korrespondent der „Kreuz-Ztg.“ scheint ein eifriger Protestant zu sein. Jedenfalls liebt er die dort am Ruder befindlichen Klerikalen durchaus nicht. Verschiedentlich hat er Berichte eingeleitet, aus denen hervorgeht, daß er die belgischen Rechtsliberalen oder „Doctrinären“ der Klerikalen vorzieht, daß er selbst die radikalen Liberalen oder „Progressisten“ den Klerikalen gegenüber als das kleinere Uebel anzusehen geneigt ist. Er tabelte u. a. das belgische Gesetz über die Wahlen zu den Provinzialräthen, d. h. Provinziallandtagen, als den Ausfluß klerikaler Herrschaft und Parteilichkeit, wobei zu bemerken ist, daß das Gesetz, grundreaktionär, wie es einmal ist, in Preußen einen ganz ungeheuren Fortschritt gegenüber den dort geltenden Bestimmungen über die Bildung der Provinziallandtage bedeuten würde. Man denke nur: in den Provinzialräthen in Lüttich und Hennegau sowie selbst in Brabant (wo Brüssel liegt) besteht eine radikal-sozialistische Mehrheit!

Der Brüsseler Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ — der nebenbei übrigens auch die „Schlesische Ztg.“

bedient — hat ferner bei verschiedenen Gelegenheiten ein ernstes Wort des Tadels über Maßregeln oder besser Maßregelungen gefunden, die in Deutschland und zumal in Preußen gang und gäbe sind und von der preussisch-deutschen konservativen Presse nicht nur gebilligt, sondern sogar als einfach selbstverständlich betrachtet werden. So hat er z. B. auseinandergesetzt, daß die vom belgischen Eisenbahnminister verfertigte Ausschließung der sozialdemokratischen Blätter vom Verkauf auf den Bahnhöfen eine alberne Chifane, eine unnütze Duengelei, eine Maßregel, die das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht, kurzum, ein Schlag ins Wasser sei.

Es scheint nun, als ob Chefredakteur Kropatschek Bedenken getragen hat, noch fernerhin durch solche Berichte „Aus Belgien“ die politische Jungfräulichkeit seiner jüngerlichen Leser zu gefährden. Er hat daher einen kalten Wasserstrahl nach Brüssel gesandt — hoffentlich hat er sich höflich ausgedrückt, als gegenüber dem Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen, den er im Reichstage mit dem berühmten gewordenen „Maul halten“ angehauchte. Jedenfalls hat der Brüsseler Korrespondent daraufhin seine Lager auf einen anderen Ton gestimmt. So moquiert er sich u. a. darüber, daß die sozialistischen Abgeordneten sitzen blieben, als Leopolds des Sittlichen oder Cleopolds (also genannt nach seiner Geliebten Cleo de Merode) berühmte Schenkungsurkunde in der Kammer verlesen wurde. Das ist nur ein ziemlich harmloses (nicht im Kropatschek'schen) Privatvergnügen. Aber geradezu in sam ist es, daß der Herr Korrespondent den verrückten unreifen Burgen, der auf den Feinden in doppelter Sinne harmlosen Lebemann, Albert Eduard von Wales' Sohn, der Sozialdemokratie an die Modische zu hängen sucht. Im Anschluß an diese Injamie erhebt — frei nach Bismarck — der betreffende Herr den Ruf nach einem Ausnahmegesetze, muß aber gleich mit tiefbetäubter Miene eingesehen, daß zu einem solchen wenig Aussicht vorhanden sei. — Ja, ja, die beliebten Mittel des „Staatsretter“ verlagern allmählich, „Der Krug, der geht solange zu Wasser, bis daß er bricht.“

Die freisinnige Wahlmache in Gotha, durch welche die Wasserflieger deselbst ein Landtagsmandat ergatterten, versucht Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ zu bemängeln, wobei er aber seine Freude über den gelungenen Streich nicht unterdrücken kann. Schließlich scheint er doch zu fühlen, daß noch mehr derartige Siege, wie der in Gotha, hinreichen dürften, der freisinnigen Volkspartei den letzten Rest ihres Ansehens zu nehmen; er rafft sich daher am Schluß eines Artikels, der sich mit der Gothaer Wahl beschäftigt, zu folgender Auslassung auf:

„Uns ist nicht ersichtlich, ob die 130 mündlich abgegebenen Stimmen für das Wahlergebnis bestimmend waren. Bei der Wahl haben alle bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber zusammengewirkt. Klargestellt ist auch nicht, ob und wie weit unter den 130 Wählern, welche mündlich abstimmten, auch Anhänger der freisinnigen Volkspartei sich befunden haben. Wir sehen nicht an, zu erklären, falls letzteres festgefunden, so haben die betreffenden Wähler dem Parteiprogramm, welches überall für das geheime Wahlrecht eintritt, zuwidergehandelt. Die freisinnige Volkspartei ist von der Notwendigkeit der Wahrung der geheimen Abstimmung im Interesse der Unabhängigkeit der Wahlen bereit überzeugt, daß sie bekanntlich im Reichstage Anträge eingebracht und unterstützt hat, das Wahlgeheimnis in mehrfacher Richtung noch schärfer zu schützen, als es gegenwärtig bei den Reichstagswahlen der Fall ist.“

Es wird nicht gelingen, den ungünstigen Einfluß der freisinnigen Wahlmache in Gotha zu verwischen. Der Vortrag führt einen Maßstab für die Beurteilung der Freisinnsmänner Richter'scher Oberbau. Man kann nicht einmal sagen, daß die tapferen Freisinnigen in neuer Beleuchtung erschienen. Es wird durch die Gothaer Wahlmache vielmehr nur von neuem bestätigt, daß auch die freisinnigen Wasserflieger nur einen in der Färbung etwas abweichenden Teil in der „einen reaktionären Masse“ darstellen.

**Gesetze auf Probe.** Zu diesem Thema schreibt man der „Frankf. Zig.“ aus Berlin:

Die moderne Gesetzgebung hat sich monoton berechneten Tadel gefallen lassen. Es wird nicht nur über das Uebermaß geflagt, man hält sich auch über die mangelhafte Vorbereitung und die noch viel mangelhaftere Durcharbeitung der Gesetze auf. Das gilt namentlich von den wirtschaftlichen Gesetzen. Und dabei geht es heutzutage kaum noch ein Gesetz, das nicht seine fünf bis sechs Leihungen aufzuweisen hat, drei im Plenum und zwei oder drei in der Kommission. Es hängt das damit zusammen, daß unsere modernen Gesetzgeber das tiefere Verständnis für die Probleme des wirtschaftlichen Lebens vollständig abhandeln gekommen ist; es wird auf Symptome losgeritten, statt den tiefer liegenden Ursachen eines Landes nachzugehen, und die Regierungen sind dazu leicht geneigt, ihre bessere Einsicht der kurzfristigen Wünsche der jeweiligen Tagespolitiker zum Opfer bringen. Am beiden Seiten trübt man sich mit dem Gedanken, daß Gesetze nicht für die Ewigkeit gemacht sind, und daß sie, wenn sie sich als verfehlt erweisen, ja geändert werden können. Als Produkte dieser gesetzgeberischen Experimentierkunst — auch eine Art Vivisektion, nur eine weit gefährlichere als das so bekannte medizinische Thier-Experiment — haben wir bereits das Börsegesetz, das Margarinegesetz, das Sacharosegesetz und werden wir nächstens haben das Waarenhausgesetz und das Fleischbeschaugesetz. Alle letzteren Erfahrungen, die man bei jenen Gesetzen gemacht hat, sind kein Hindernis, beim Fleischbeschaugesetz und beim Waarenhausgesetz die Experimentierkunst von neuem zu erproben. Die Behauptung, daß Deutschland bis zum Jahre 1904 in der Lage sei, seinen Fleischbeschau ganz allein zu denken, und daß daher von einem vollständigen Einfuhrverbot eine Verzichtnahme der deutschen Zollverwaltung nicht zu befürchten sei, wird zwar von den extremen Agrarern als lauter und unumwandelliche Wahrheit gepredigt, aber sie begegnet doch Zweifel. Wie man darüber hinwegkommt, lehrt der Centralabgeordnete Gerstenberger, er sagte im Reichstage: „Am ersten December dieses Jahres soll eine allgemeine Reichszählung stattfinden. Ergibt sich da, daß die Bevölkerung abgenommen hat, dann haben wir bis 1903 Zeit genug, das Gesetz abzuändern.“ Es werden auch die Vorschläge wegen einer Preissteigerung und Schutztruppen

Gesetzes gehegt. Der nationalliberale Abgeordnete Sieg begreift ihnen sehr einfach, denn meint er: „Das Dummste wäre, wenn wir die Hand bieten wollten, ein derartiges Gesetz durch unerhörte Preissteigerung auszunutzen zu wollen, denn die Folge wäre keine sofortige Aufhebung.“ Derselbe Volksvertreter befürchtet auch von einem Einfuhrverbot keine Repressalien des Auslandes. Er sagt: „Das ist einmal ein lazes Wort, und ich gebe zu, daß, wenn man es nicht halten kann, es geändert werden muß. Wir machen ja alle Augenblicke Novellen zu Gesetzen; warum sollen wir nicht auch eine Novelle zum Fleischbeschaugesetz machen?“ In der That, warum soll man nicht? Eigentlich könnte man ja auch den Mittelstandkanal auf Probe bauen. Erweist er sich als technisch unausführbar oder stellen sich seine Schwächen wirklich als so groß dar, wie sie von agrarischer Seite dargestellt werden, so kann man ihn ja wieder zuwerfen und die dafür empfänglichen Väterbahren bauen. Betrachtet man die Gesetzgebung einfach von dem Standpunkt, daß probieren über studieren geht, so wüßten wir wenigstens nicht, warum man Kanalarbeiten anders behandeln soll. Es ist nur ein eigen Ding am die Aenderung von Gesetzen. Gesetze sind leicht gemacht, aber ihre Aenderung ist weniger leicht. Was Herr Gerstenberger oder was Herr Sieg will, braucht darum noch nicht die Mehrheit des Reichstags zu wollen, braucht auch nicht der Bundesrat zu wollen, ohne dessen Zustimmung ein Reichsgesetz nicht geändert werden kann. Wir haben es auch schon erlebt, daß Graf Kanitz im preussischen Abgeordnetenhause für eine Suspension (Aufhebung) der Betreibergesetze eintrat, daß aber die Regierung es ablehnte, seinen Wunsch zu erfüllen. Zum Gesetzeaufheben gehören zwei Faktoren: so gut wie zum Gesetzmachen, und oft ist nicht einmal der eine Faktor dafür zu haben.

Darum muß es im höchsten Grade befremden, daß auch die Regierungen anfangen, Gesetze auf Probe zu machen. Auf dem Handelsstat hat man erfahren, daß die preussische Regierung das Waarenhaussteuergesetz als einen Rest betrachtet, der im Laufe der Zeit durch eine agrarische Reform der Gewerbesteuer ersetzt werden soll. Die Regierung muß des Abgeordnetenhause sehr sicher sein, wenn sie es wagen kann, sich auf ein so bedenkliches Experiment einzulassen. Die Regierung sollte nur konsequent sein und sich auch beim Fleischbeschaugesetz auf den Experimentierstandpunkt der Herren Gerstenberger und Sieg stellen. Von diesem Standpunkt aus läßt sich wenigstens gegen die Ausdehnung der Fleischbeschau auf die Hauschlachtung nichts einwenden. Erweist sie sich als undurchführbar oder zu kostspielig, nun so ändern wir eben das Fleischbeschaugesetz. Wie denken die Herren Gerstenberger und Sieg darüber?

**Reichseinnahmen.** Nach vorläufiger Feststellung hat die Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern für das Rechnungsjahr 1899 insgesamt 782,1 Millionen Mark oder 2,6 Millionen mehr als im Vorjahr betragen. Mit einem Weniger sind dabei die Zölle in Höhe von 13,1 Millionen, die Tabaksteuer von 0,5 Millionen, die Brauwein- und Materialsteuer von 3 Millionen vermindert, während ein Mehr von 7,7 Millionen durch die Zuckersteuer, von 10,4 Millionen durch die Branntweinverbrauchsabgabe, von 1,6 Millionen durch die Salzsteuer und von 0,7 Millionen durch die Brausteuer aufgebracht wurde. Was die bisher veröffentlichten Ergebnisse anderer Einnahmeweise des Reichs betrifft, so beläuft sich der Ertrag der Reichs-Steuerabgaben auf 52,8 Millionen Mark. Der die Börsensteuer entfallen von den 52,8 Millionen 32,8 Millionen. Die Lotteriesteuer hat den Staatsanlag nicht eingebracht und zwar ist die Steuer von den Staatslotterien um über 2 Millionen hinter dem Etat zurückgeblieben, während die der Privatlotterien etwas über 1 Million mehr eingebracht hat.

**Vom Petroleumring.** Geräuschlos, aber zielbewußt und mit rücksichtsloser Energie hat sich der von langer Hand vorbereitete Petroleumring geschlossen. „Das Privat-Petroleum-Monopol ist eine vollendete Thatsache“, also lautet ein Satz aus dem neuesten Bericht der Handelskammer zu Düsseldorf. Durch jahrelang fortgesetzte Preisdrückerei ist es der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft gelungen, die Konkurrenz zu beseitigen. Jetzt, wo unter Führung der Standard-Oil-Company in New York die großen Petroleum-Gesellschaften nicht allein in Deutschland, sondern in fast ganz Europa, England, Schweden, Norwegen, Belgien, Holland, Frankreich, Spanien und Italien das ganze Absatzgebiet unter sich theilen, hat auch die Preissteigerung begonnen. Im Dezember 1897 notierte Petroleum in Bremen 4,90 Mark, im Dezember 1899 dagegen 6,95 Mark. Diese Preissteigerung bedingt eine Mehrausgabe der deutschen Konsumenten für Petroleum von über 40 Millionen Mark. Kein Wunder, daß die Petroleum-Gesellschaften trotz bedeutender Geschäftskosten und Abschreibungen, Dividenden von 60 Prozent und darüber zur Verteilung bringen konnten. Der arme Mann laber bezahlt diese Buchergewinne.

**Eine Grenzverletzung durch eine Invasion Schweizer Truppen** hat nach der „Kreuzzeitung“ kürzlich Anlaß zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Bern gegeben. In der Kavallerie-Regimentschule in Zürich hatte eine Kavallerie-Patrouille den Auftrag erhalten, sich über den Zustand der Rheinbrücken bei Säckingen Aufschluß zu verschaffen. Der junge Leutnant, dem Säckingen nur von Scheffels „Trompeter“ her bekannt war, scheint keine Ahnung davon gehabt zu haben, daß der Rhein die Grenze bildet und Säckingen schon auf badischem Gebiete liegt. Nach einem Ritt vom frühen Morgen an rückte so die jugendliche Streitmacht wohlgenut über die Rheinbrücke in das altschwäbische Städtchen ein. Der erste Gasthof nahm die müdigen Expedition gästefreundlich auf, und nach kurzer Rast im Ausland trachtete sie, stolz über ihre Leistung — hatte sie ja doch in 24 Stunden mehr als 100 Kilometer zurückgelegt —, nach Zürich zurück, wo der Offizier seinen Rapport abgab. Die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Bern wurden durch kühnste Erklärungen zu allgemeiner Zufriedenheit erledigt, aber der hoffnungsvolle Leutnant bekam immerhin unfreiwillige Ruhe, um die Läden in seinem geographischen Wissen zu ergänzen.

**Aus Kantschou.** Vor Kurzem wurde nach der „Deutsch-Asiat. Warte“ aus Kantschou berichtet, daß ein Soldat der Schutztruppe zwei Chinesen

erschossen habe, als diese einer Chinesin zu Hilfe eilten, die der Soldat zu vergewaltigen suchte. Nach einer Mittheilung, die dem „Ostasiatischen Lloyd“ aus Tjingtau zugeht, ist die Schuld des Soldaten bisher noch nicht erwiesen. In dem Bericht heißt es:

Vor vierzehn Tagen wurde die Bevölkerung der Stadt Kantschou durch die oben erwähnte Nachricht aufs Heftigste aufgeregelt. Sofort wurde die strengste Untersuchung eingeleitet. Ein Soldat, der sich in früher Morgenstunden mit einem Revolver bewaffnet hinausgeben hatte, wurde sofort verhaftet. Man fand an seinem Rock Blutspuren. Der Mann bleibt dabei, daß er auch nicht im Geringsten an der Sache beteiligt sei. Die Blutspuren rührten von einem Ochsen her, den er am Tage vorher geschlachtet habe. Es wurde festgestellt, daß der Soldat zwei Stunden früher als nach genauer Untersuchung und nach Aussage zweier Chinesinnen, der einzigen Zeuginnen in dieser Angelegenheit, die That geschehen sein konnte, wieder ins Lager zurückgeführt war. Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß ein unwillkürlicher Angriff auf die eine dieser Chinesinnen nicht erfolgt ist. Die Frauen behaupten mit aller Bestimmtheit, der Thäter — ob es ein Soldat war oder nicht, kann nach den Aussagen der beiden Chinesinnen nicht festgestellt werden — habe hohe gelbe Reiterstiefel getragen. Unsere Soldaten tragen keine gelben Reiterstiefel. Das Blut kann nach genauer Untersuchung Ochsenblut sein. Der Gefangene ist schlächter und hat hauptsächlich am Tage vorher Ochsen geschlachtet. Man steht hier vor einem ungemünzt schwierigen Räthsel. Die beiden Toten sind über der Erde nach alter Sitte aufgebahrt, bis der Thäter gefunden und der Mord gesühnt ist. Hoffentlich läßt sich die blutige Angelegenheit bald auf.

**Kleine politische Nachrichten.** Dem „Sannov. Kur.“ wird glaubhaft versichert, daß über die Frage der Aufnahme oder Nichtaufnahme des Verbots der Einfuhr von Büchsenfleisch in das Fleischbeschaugesetz die Meinungen innerhalb der verbündeten Regierungen im Allgemeinen, wie in der preussischen Regierung im Besonderen stark auseinandergehen. Ja, über welche Frage ist denn eigentlich die preussische Regierung noch einig? — Wegen Faltschides wurde der Sergeant Ballasch vom 39. Infanterie-Regiment vom Militärgericht in Düsseldorf zu 7 Monaten Gefängnis verurtheilt. Er soll den Faltschid im Eberfelder Militärbefreiungsprozess geleistet haben. (Wir werden auf den Fall noch zurückkommen. Red.) — Paul Schörrer wird am Mittwoch in Chemnitz über das Thema sprechen: „Warum ich Sozialdemokrat geworden bin.“ Es ist dies das erste öffentliche Auftreten Schörrer nach seiner Uebertrittserklärung und so dürfte sein Vortrag eines allgemeinen Interesses nicht entbehren. — Etwa 2000 Angestellte des Handelsverbandes hielten Freitag Abend in Berlin eine Protestversammlung gegen die Waarenhaussteuer ab. Es wurde eine aus fünf Angestellten bestehende Deputation gewählt, die beim Ministerpräsidenten und beim Finanzminister gegen das Gesetz vorstellig werden soll. — Einem Berliner Blatte hatten andere Zeitungen (auch wir) vor einiger Zeit die Nachricht aus Gleiwitz entnommen, der Oberbergamts Hilger habe den Landrath Dr. Schörrer in Zabrge gefordert. Herr Dr. Schörrer widerpricht dieser Nachricht. Er theilt Berliner Blättern aus Lugano mit: „Es ist unklar, daß von Herrn Oberbergamts Hilger eine Duellforderung an mich ergangen ist und daß ich dieselbe abgelehnt hätte; es ist unklar, daß eine hierauf bezügliche Angelegenheit dem Ehrengericht unterbreitet worden ist; es ist unklar, daß ich einen „außerordentlich langen Urlaub“ angetreten habe. Ich habe lediglich den üblichen Urlaub nachgekauft.“ — Das Zuckerkontingent für 1901/2 wird nach der „Deutschen Zucker-Ztg.“ 20 786 246 Dg. betragen, 893 014 Dg. mehr als für 1900/1. 1896/97 betrug das Kontingent nur 17 Millionen Dg. Man sieht also, wie das Gesetz die Zuckerproduktion in die Höhe treibt. — Große Unterseeboote, welche seit Jahren auf den russischen Kriegsschiffen verläßt wurden, sollen entdeckt worden sein. Durch die eingeleitete Untersuchung wurde konstatiert, daß zahlreiche Geoschiffe an den Unterseeboote beteiligt sind. Große Mengen von Proviant, Munition und Schiffsvorräthen, die den Lieferanten bezahlt wurden, fanden sich nicht auf den Kriegsschiffen vor. 42 höher Marineoffiziere, darunter zwei Admirale, wurden verhaftet. Der Zar Nikolaus ordnete an, daß alle verfügbaren Kriegsschiffe in den Hafen von Sewastopol befuß Revision beordert werden. Darauf seien die Gerichte von der Mobilisierung der russischen Kriegsschiffe zurückzuführen. Sollte wirklich darauf allein die Probemobilisierung zurückzuführen sein? — Vom Aufstande der Schantist wird aus Accra gemeldet: Die Telegraphisten, welche die Truppen des Kapitän Middlemist begleiten, die am Donnerstag in Kumassi sein wollten, sind bisher nicht in telegraphische Verbindung getreten. Es verlautet aber, daß ein heftiger Kampf bei Kumassi stattgefunden. — Die „Presse-Ztg.“ meldet aus New York: Der Gouverneur Taylor in Kentucky ist im Falle Goebel unter Auflage wegen Mordes gefest worden.

### Belgien.

Zu den Gräueln im Kongostaat läßt sich die „Köln. Ztg.“ dahin vernehmen: Es müsse die materielle und moralische Verantwortung festgelegt werden, wie hoch sie auch hinaufreichen möge. Die Belgier hätten das Vertrauen der Mächte verschert und diese hätten das Recht und die Pflicht, Rechenschaft zu fordern. Zunächst wäre Belgien wieder vor die Frage gestellt, ob es den Besitz des Kongogebietes endlich antreten werde; allein die Regierung scheine andere Sorgen zu haben.

Mag das Königreich unter die Herrschaft eines unfähigen Parlaments fallen, das werde schließlich noch besser sein, als wenn die gegenwärtige berruchte Wirthschaft fortbauert. Letzteres kann die gebildete Welt nicht länger erdulden, eine gründliche Untersuchung ist notwendig. Je nach ihrem Ergebnis mögen die Vertragmächte von 1890 wieder zusammentreten.

Also die Ladung Belgiens vor ein Forum der Vertragmächte ist es, was der Artikel fordert.

### Schweden und Norwegen.

Zu Norwegen wurde am Mittwoch, nachdem vor Kurzem schon eine Probe-Mobilmachung der Marine-Reservisten stattgefunden hat, für einen Theil des Heeres und zum ersten Male für einen Theil des Landsturmes Ordre zu einer Probe-Mobilmachung erteilt. Selbstverständlich haben — wie man in Christiania erklärt — diese Probe-Mobilmachungen, die vorher angekündigt waren, gar keine Spitze gegen Schweden. Und ebenso selbstverständlich können die neuen Rüstungen Schwedens — wie man in Stockholm erklärt — nicht etwa dahin gedeutet werden, daß man sich auf Feindseligkeiten gegen Norwegen vorbereite. Der schwedische Reichstag bewilligte Donnerstag in gemeinsamer Abstimmung beider Häuser 3 Millionen für Munition und Handfeuerwaffen, 12 Millionen für neue Feldgeschütze,

320 000 Kronen für freiwillige Schützenvereine und stimmte der Erhöhung der Ausgaben für Marinebauten im Jahre 1901 auf 1 725 000 Kronen zu. Diese beiderseitigen Rüstungen werden, wie gesagt, nur so zum Spaß vorgenommen. Vom Auslande haben Schweden und Norwegen gewiß nichts zu fürchten, die beiden unter einer Monarchie vereinigten Staaten zeigen einander nur ganz freundschaftlich, daß sie im — bewaffneten — Frieden mit einander leben.

### Transvaal.

**Vom Kriegsschauplatz.** Die Meldungen, welche vom südafrikanischen Kriegsschauplatz eingehen, wirbeln wieder ziemlich konfus durcheinander. Während Ende voriger Woche gemeldet wurde, daß Roberts seinen Vormarsch von Blumfontein aus bereits angetreten habe, lauten die letzten Nachrichten aus London ganz entgegengesetzt. Es wird nämlich gemeldet, daß alle Operationen von Seiten Lord Roberts vorläufig eingestellt seien. Diese letzte Meldung erscheint uns glaubwürdiger, weil die Buren in letzter Zeit den Engländern so arg zugehrt haben, daß der britische Oberbefehlshaber so lange nicht an den Vormarsch denken kann, bevor er nicht seine Rückzugslinie gesichert hat, und daran hapert es. Die Bahnverbindung zwischen Blumfontein und Reddersburg, auf die sich Roberts stützen muß, ist zur Zeit vollständig eingestürzt, angeblich weil der Bahndiener durch Ueberschwemmungen beschädigt sein soll, in Wahrheit aber, weil die Buren dort das Terrain beherrschen. „Daily Telegraph“ meldet aus Blumfontein vom 19. d. Mts.: Patrouillen bringen die Nachricht, daß die Buren 15 (englische) Meilen östlich vom Blumfontein eine Linie Vorposten in kleinen Abtheilungen aufgestellt haben, die vom Modderfluß bis zum Koffloos reicht.

Der Korrespondent des „Reuter'schen“ Bureaus, der sich im Lager der 8 und 3 Division befindet, meldet in einem Telegramm, das er am 21. d. Mts. über Blumfontein sendet:

Das gefürchtete Gefecht bei Dewetsdorp dauerte von Mittags bis zum Abend. Zwei Burengeschütze wurden zeitweilig zum Schweigen gebracht. Die britischen Truppen befehligen die Hügel auf Weilen im Umkreise. Die Stellung der Buren ist stark.

Wer richtig zu lesen versteht, entnimmt dem Telegramm, daß die Engländer mit ihrem Entsatzversuch wieder nichts erreicht haben.

Die Einschließung von Wepener durch die Buren dauert fort. Sie sind anscheinend entschlossen, die Belagerung zu zwingen, sich zu ergeben, bevor Entsatz eintrifft. Sonnabend früh wurde von Dewetsdorp her Schießen gehört. Der Kommandant von Wepener begab sich eilig dahin. Ein ernstes Gefecht scheint bevorzustehen. — Ferner meldet Reuters Bureau aus Majera vom 19. d. M.: Die Buren bewegen sich im Umkreise von Wepener umher. Abtheilungen der Burentruppen rücken nach allen Richtungen vor, von denen britische Hülfstruppen erwartet werden. Ein heftiges Geschütz- und Gewehrfeuer wird den ganzen Tag unterhalten, das von den belagerten britischen Truppen selten erwidert wird. Weitere Burentruppen sind zur Verstärkung angekommen. Man glaubt, daß der Verlust der Engländer hier bis jetzt 25 Tode und 110 Verwundete betrage.

Die zu Lord Methuens Truppe gehörige Streitmacht, die die vorgeschobene Stellung bei Swartkopsfontein besetzt hatte, erhielt Freitag den Befehl, nach Boshof zurückzumarschieren. Während die Truppen sich zurückzogen, wurden sie von 2000 Buren mit 3 Geschützen heftig angegriffen. Eine Abtheilung Kolonialtruppen und Yeomanry besetzte ein Kopje und hielt den Feind in Schach, bis die Hauptmacht mit dem Troß glücklich vorüber war. Die britischen Truppen hatten einige Verluste. Es wird geglaubt, daß die Verluste der Buren schwer sind, da sie bis auf 300 Yards an das Kopje vorgedrungen waren. — Das ist ein echt Methuensches Bülentelegramm. Mit knapper Noth ist seine Truppe den Buren entwichen und dennoch soll sie nur „einige Verluste“ gehabt haben, „während man glaubt (dieses „glaubt“ ist kritisch), daß die Verluste der Buren schwer sind.“ Man darf getrost annehmen, daß das Umgekehrte der Fall ist.

Aus Kimberley meldet Reuters Bureau: Die Meldung von einem Aufstand der Eingeborenen im Betschuanaland ist bisher nicht bestätigt. Die Buren verlangten von dem Häuptling in Lanngs 500 Minenarbeiter und von dem Häuptling in Hoinag Babyle Auslieferung von Vieh, das angeblich einem englischen Farmer gehört. Beide Forderungen wurden abgelehnt, beide Theile beobachten einander argwöhnlich.

Die „Times“ melden aus Blumfontein: General Pretman wurde zum Militärgouverneur des gesamten Orange-Freistaats-Gebiets ernannt.

Steijn gab Befehl, daß die Burentruppen die reichen Korn-districte Wepener, Ladhysbrand und Ficksburg, aus denen die Buren ihren Bedarf an Lebensmitteln beziehen, weiter besetzt halten.

Aus Ladhysmith wird gemeldet, daß ein Armeebefehl des Generals Buller die Räumung der Stadt durch alle Nichteingesessene anordnete und ebenso den Rückzug aller Farmer nördlich vom Tugela bis südlich zum Bushmansfluß in besetzte Städte. Die Buren besetzten ihre alten Stellungen wieder, von denen aus sie früher Ladhysmith belagerten. Nach einer Meldung aus Ladhysmith entwickelten die Buren bei Glans-laage bereits wieder eine lebhafteste Thätigkeit. Sonnabend Morgen richteten sie ein heftiges Feuer auf die englischen Stellungen. Auch in der Richtung vom Sunday River wurde etwa eine Stunde lang ununterbrochenes Feuer geführt.

Das Transportschiff „Portugal“ mit 800 Soldaten aus Lissabon ist in Lourenço Marques eingetroffen.

Die Londoner Presse kündigt bereits an, daß General Buller bei den weiteren Kriegsoperationen nur eine bescheidene Rolle zu spielen werde. Er würde den Rückzug der Buren aus Natal zu überwachen haben, der die nothwendige Folge des Vorstoßes des Marschalls Lord Roberts sein werde. General Warren würde zwar ebenfalls in Südafrika bleiben, aber ein anderes Kommando erhalten. Seine Division sei bereits unter General Hunter zu Roberts gestoßen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 23. April 1900.

**Achtung, Schmiede, Kesselschmiede und deren Hülfarbeiter, Schuhmacher, Tapezierer!** Zugang nach Lübeck ist fernzuhalten! Die Bureaux befinden sich: Schuhmacher, Lederstraße 3 bei Becke; Schmiede, Kesselschmiede, Hundestraße 101 bei Spahrman; Tapezierer, Marlesgrube Nr. 22 bei Humohr.

**Achtung, Brauereiarbeiter!** Wegen Maßregelung ist der Zugang nach den Betrieben von Uter, Fischergrube, und Reimer, Hützstraße, streng fernzuhalten. Die Arbeitererschaft wird ersucht, für Durchführung dieser Maßregel Sorge zu tragen.

## Achtung! Sämtliche Brauereiarbeiter haben die Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt. Ihre Arbeiter sind daher zum Streik gezwungen. Die Arbeiterchaft wird daher wissen, was sie jetzt zu thun hat. Niemand hat bewilligt. Alle Brauereiarbeiter sind gleich.

Zum Schmiedestreik. Wie wir bereits berichteten, sind wiederum die angebahnten Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Forderungen, welche gestellt wurden, sind bekanntlich so minimal, daß man sich wirklich wundern muß, daß es darum zu Differenzen kommen konnte. Gelernte Arbeiter, welche eine notorisch sehr schwere Arbeit zu verrichten haben, sollten von Vetrieben, die sich einbilden, sie seien eine Bierde des ganzen Staatswesens, überhaupt nicht so miserabel bezahlt werden. Die Großindustriellen sollten daran denken, daß sie eine moralische Verpflichtung dem Gemeinwesen gegenüber haben, eine zum mindesten konsumfähige Arbeitererschaft zu erhalten. Deshalb herrscht über die Berechtigung des Schmiedestreiks in der Stadt auch nur ein Urtheil; man mag hinhören, wohin man will, überall heißt es: Gewiß, das müssen die Leute haben; das ist ein Skandal, daß man es deswegen zum Streik kommen läßt; u. s. w. Mindestens könnte man nun aber von den Fabrikanten erwarten, daß sie bei den Verhandlungen, welche angeknüpft sind, durch Entgegenkommen und vollste Aufrichtigkeit den Frieden herzustellen versuchen würden. Dem ist leider nicht so. Mit Recht sind die Streikenden erbittert über die Form, wie man sie zu behandeln beliebt. Durchweg sind es Leute, die jahrelang, ja jahrzehntelang in den Fabriken treu und redlich gearbeitet, die ihre Kräfte in den Betrieben billig verkauft haben. Da ziemt es sich für den Arbeitgeber, auf die Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Daß die beiden Fabriken einen alten guten Stamal von Schmieden haben, geht schon daraus hervor, daß die übergroße Mehrzahl der Ausständigen verheirathet sind. Demen sollte man billiger Weise nicht mit der unglaublichen Zumuthung kommen, erst durch längere Probezeit zu beweisen, ob sie den geforderten Lohn zu verdienen im Stande sind. Die Herren müssen ja ihre Leute sehr schlecht kennen oder sie unnützlich höhnen wollen. Beides ist mehr als auffällig. Der Streik dauert weiter dank dem Verhalten der Arbeitgeber, die mit etwas gutem Willen ihn längst hätten aus der Welt schaffen können, sich, den Arbeitern und der Allgemeinheit zum Nutzen. Bei den am Sonnabend gepflogenen Verhandlungen schien es zu erhellen, als käme eine Einigung zu Stande. Die Arbeiter ermäßigten die Forderungen auf 39 resp. 34 Pf., den Aufschlag für Nachtschicht von 25 auf 20 pCt. — umsonst! Die Fabrikanten stellten Bedingungen, die, wie oben angedeutet, für die Arbeiter geradezu schimpflich waren. Daher ist es begreiflich, daß sie mit großer Einmüthigkeit (94 gegen 3 Stimmen) Ablehnung des Angebots und Weiterführung des Streiks beschloßen. Am 19. d. M. hatten sie den Arbeitgebern angeboten: „an dem für die in der Fabrik früher beschäftigt gewesenen Arbeiter geforderten Lohnsatz festzuhalten und statt 15 pCt. 20 pCt. für Nachtschicht festzusetzen, ferner von der Forderung des Minimallohntarifs Abstand zu nehmen, sonst aber alle übrigen von der Direktion genehmigten Zugeständnisse bestehen zu lassen.“ — Das war ein sehr koulantes Anerbieten. Jetzt haben sie an die Fabrikanten ein Schreiben gerichtet, in welchem folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Einen Minimallohntarif für Schürmeister 40 Pfg.
2. Desgl. für Helfer und Hülfarbeiter 35 Pfg.
- Bei Letzteren jedoch nur, wenn sie dieselbe Arbeit wie die Helfer verrichten; entgegengesetzten Falles sollen dieselben einen Minimallohn von 33 Pfg. und wo derselbe besteht, 2 Pfg. Aufschlag pro Stunde erhalten.
3. Einen Aufschlag von 2 Pfg. im Allgemeinen, wo der Lohn besteht.
4. Für Ueberstunden 50 pCt. Lohnaufschlag und für Nachtschicht 25 pCt., ferner für Sonntagsarbeit ebenfalls 50 pCt. Lohnaufschlag.
5. Von dem Verdienst bei Akkordarbeit, welche in Nachtschicht oder Ueberstunden verrichtet werden, dürfen die Prozente nicht in Abzug gebracht werden.
6. Der Lohnstarif muß gegenseitig 2 Monate vor dem 1. April jeden Jahres, falls Änderungen eintreten sollten, gekündigt werden.

Falls die Genehmigung der gestellten Forderungen bis Sonnabend den 21. d. Mts., Abends 6 Uhr, nicht eingetroffen sein sollte, ist beschloßen, daß sämtliche unverheirathete am Ausstand Theilhabende am Montag, den 28. d. Mts. ihre Entlassung nehmen. — Ob auf diese Zuschrift bereits eine Antwort erfolgt ist oder ob eine solche überhaupt erfolgen wird, entzieht sich unserer Kenntniß.

Aus Barbiergehülfskreisen geht uns ein längeres Schreiben zu, das an eine kürzlich von uns gebrachte Notiz über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Barbierberufe anknüpft. Es heißt darin u. A.: „Die Barbiergehülfskreise gehören zu den schlechtest bezahlten Arbeitern, obwohl sie wöchentlich 100 und mehr Stunden thätig sein müssen. Montags bis Donnerstags 15, Freitags 16, Sonnabends 17, Sonntags 8 Stunden, das ist so im Allgemeinen Brauch. Und der Lohn? Durchschnittlich 5—6 Mk. bei Kost und Logis. Das macht 5—6 Pfg. pro Stunde! Die Logis sind vielfach unter aller Kanone, obwohl darin Lübeck noch verhältnismäßig am besten gestellt ist. Aber es kommt doch z. B. auch hier vor, daß ein Meister im Schlafraum des Gesellen und des Lehrlings eine große Vogelzuchterei (!) anlegt. Der Beruf gilt als gesund. Das ist eine der weitverbreiteten falschen Ansichten, die den ärztlichen Statistiken gegenüber absolut nicht standhalten können, besonders in den größeren Städten trifft es nicht zu. Auch vom „Trinkgeld“ wird viel Aufhebens gemacht, obwohl es „Trinkgeld“ ist.“

weg windig damit bestellt ist, und die Gehülfsen bei auskömmlichem Lohne auf die erniedrigende Wohlthat freudig verzichten würden. Uebrigens hat die Innung auch in ihren Attestbüchern einen Paragraphen, welcher besagt: „Der Gehülfe hat seine ganze Kraft dem Gesellen zu widmen und darf derselbe kein Trinkgeld annehmen, widrigenfalls der Prinzipal ihn sofort entlassen kann.“ Notabene muß dieses Attestbuch, ein Produkt des Geistesverhältnisses gar nicht hineingehört, vom Gesellen mit 1 Mk. bezahlt werden, bleibt aber Eigenthum der Innung. Auch mit den Ausgehungen ist es z. Th. übel bestellt. Es giebt Geschäfte, in denen der Gehülfe die ganze Woche hindurch nicht aus dem Hause kommt. Wenn man nun bedenkt, daß der Gehülfe stets möglichst fein angezogen und in sauberer Wäsche erscheinen soll, dann wird jeder rechtlich denkende Mensch sagen müssen, daß es nicht mehr als in der Ordnung wäre, wenn ein Mindestlohn von 8 Mk. gezahlt würde. Sache des Publikums wird es mit sein, hier Wandel zu schaffen. Die Hauptfache bleibt aber, daß die Gehülfsen selbst Hand an's Werk legen. Organisiren sie sich, dann werden sie auch andere Zustände herbeiführen.“ Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß die gesammte Arbeitererschaft entsprechenden Bestrebungen sympatisch zur Seite stehen würde.

Folgende Brauereiarbeiter sind unterzeichneten die Schriftstücke, in denen die Verhandlungen mit der Kommission abgelehnt wurden, haben also verursacht, daß die augenblickliche Situation eingetreten ist: Ahrendt, Wahmstr., Bade, Hützstr., Gablenz, Nebenhoffstr., Bwe. Hamann, Glockengießstr., Flemming, Engelsgrube, Hochbaum, Schulstr., Nicksel, Wahmstr., Bloen, Wahmstr., Osbahr, Glockengießstr., Reimer, Hützstr., Stamer, Meierstr., Uter, Fischergrube, Weiermiller, Schwartauer Allee, Westfelling, Wahmstr., Wilden, Engelswisch.

Ein künstlerisch ausgeführtes Plakat ist in der Kunstanstalt von Jean Holze in Hamburg für den Deutschen Holzarbeiterverband angefertigt worden. Es ist erfreulich, daß die Gewerkschaften anfangen, bei der Beschaffung von Plakaten auch deren künstlerische Ausführung Beachtung zu schenken. Was das oben erwähnte Plakat anbetrifft, so veranschaulicht es, wie am grünenden Baum der Arbeiterbewegung auch der Holzarbeiterverband erblickt ist. Zwei Holzarbeiter, bei denen man die Züge zweier bekannter Genossen aus der Holzbranche unschwer erkennen kann, reichen sich zum Bunde die Hände, den der Genius der Arbeit segnet. Im Hintergrunde rauchen die Schloten einer Fabrik. Zwei Wappenschilder, der Holzarbeiterbranche und des Arbeitsfleißes, vervollständigen die dekorative Ausstattung des geschmackvoll arrangirten Plakats.

Großen Stuns macht der „Gen.-Anz.“ von einer Richtfeier in der Breitestraße (Meister Kunau.) Das großartige „gute Einvernehmen“ muß wieder erhalten. Dabei hat es gerade auf diesem Bau in dieser Beziehung manchmal recht sehr gehapert. Noch zu Ostern wurden ältere Leute abgelohnt, während frisch eingestellte in Arbeit verblieben. Das Rosenroth ist zwecklos.

Die Stewards haben sich auch in Bremen dem Seemannsverbande angeschlossen.

**Achtung, Seelente und Hafenarbeiter!** In Hensburg ist ein Streik ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Gut abgelaufen. Gestern Nachmittag stürzte in Qualmanns-Gang eine dem Kaufmann Wiedow in der Engelsgrube gehörende ca. 2 Meter hohe Mauer ein, glücklicher Weise ohne dort spielende Kinder zu verletzen. Das Gemäuer soll schon länger unsicher gewesen sein.

**Einwohner der Wollingstraße** beklagen sich darüber, daß zwar an der unbebauten Stelle die Straßenbezeichnung angebracht ist, jedoch nicht an den Häusern. Es entstehen dadurch allerlei Unannehmlichkeiten.

Die Stukkateure Lübecks haben am Sonnabend sich dem Zentralverbande der Stukkateure (Sitz Köln) angeschlossen. Der neuen Zahlstelle sind 18 Kollegen beigetreten. Sie wollen die Kaiserstr. durch Arbeitsruhe begehren.

Zum Tapeziererstreik. Es schweben augenblicklich wieder Verhandlungen. Zugang ist jedoch einstweilen noch fernzuhalten.

Der Holzarbeiterverbandstag wurde am Sonnabend geschlossen. Der nächste findet 1902 in Mainz statt. Ausführlicher Bericht in den nächsten Beilagen.

Was wird als Drucksache bei der Post angesehen? Diese Frage ist in den letzten Tagen verschiedentlich gestellt worden. Das Reichspostamt giebt bekannt, daß die mittelst der Schreibmaschine hergestellten Schriftstücke ebensowenig wie die gleichzeitig in mehreren Exemplaren mit der Schreibmaschine mittels Durchdrucks gefertigter Briefe u. s. w. zur Versendung gegen die Druckfachentage geeignet sind. Für derartige Sendungen ist vielmehr das Porto für gewöhnliche Briefe zu entrichten. Dagegen findet die Druckfachentage Anwendung auf solche Vervielfältigungen der mit der Schreibmaschine hergestellten Schriftstücke, die mittelst eines mechanischen Verfahrens, z. B. Metallographie, Hektographie u. s. w. gewonnen worden sind.

Segeberg. Der Streik der Bauhandwerker ist zu Gunsten derselben beendet; nur drei Arbeitgeber verharren auf dem ablehnenden Standpunkt. Ueber deren Bauten ist die Sperre verhängt worden. Der Lohn für die Maurer und Zimmerleute beträgt jetzt 40 Pfg. pro Stunde.

Gabebusch. Die Lederarbeiter der Hesse-





gegnerischen Bestrebungen, wogegen wiederum der Redakteur vollen Einblick in die Vorstandsgeschäfte gewinne. Durch die Zusammenlegung der Bureaus werde auch an Mithethe getpart. Der Hauptgrund, der für den Vorstandsantrag spreche, sei aber folgender: „Die oberste Leitung der Lohnbewegung liegt in den Händen des Vorstandes. Deshalb ist es notwendig, daß der Vorstand auf die Publikationen entscheidenden Einfluß ausübt (Widerpruch), um unzuwehmäßige Veröffentlichungen hintanhaltend zu können. Entweder bleibt der Vorstand Leiter der Lohnbewegung, und dann müssen Sie den Vorstandsantrag annehmen, oder die Redaktion und Preßkommission der Zeitung, dann muß ihr auch die Verantwortung übertragen werden.“ Redner führte verschiedene Artikel der „Hollzarbeiter-Ztg.“ an, durch die dargelegt werde, daß durch den jetzigen Zustand Verwirrung in die Reihen der Kollegen getragen werde, da sich die Tendenz der Ausführungen mit den Beschlüssen des Vorstandes und den getroffenen Maßnahmen nicht decke. Durch schriftliche Information lassen sich derartige Angelegenheiten nicht erledigen. Auch habe der Vorstand bei hochgehender Lohnbewegung der Ueberfülle der Arbeit wegen keine Zeit, so eingehende schriftliche Information der Redaktion zukommen zu lassen. Das lasse sich nur durch mündliche Aussprache erreichen. „Die Vortheile des Vorstandsantrages sind Notwendigkeiten. Zum dritten Male wird heute der Antrag gestellt. Wenn Sie ihn ablehnen, muß das als Mißtrauensvotum gegen den Vorstand betrachtet werden.“ (Starker Widerpruch.) Gegen den Vorstandsantrag wendete sich in scharf pointirten Ausführungen der Verbands-Redakteur H. S. - Hamburg. Portierparniss werde sich kaum erzielen lassen, da Zeitung und Verbandsmaterialien nicht zugleich verhandelt werden können. Den Briefkasten dem Vorstand bedingungslos zur Verfügung zu stellen, gehe nicht an. Durch die Zusammenlegung des Bureaus sei auch keine Mithetheparniss zu erzielen. Daß die Redaktion nicht immer genügend über den Stand der Lohnbewegung unterrichtet sei, sei Schuld des Vorstandes, der der Redaktion nicht genügend Informationen zukommen lasse. Als die Berliner Auslieferung schon vierzehn Tage gedauert, habe er noch keine Nachricht vom Vorstand in Händen gehabt. Als der Breslauer Streit ausgebrochen war, habe er sich dafür ins Mittel gelegt. Dann erst habe er vom Vorstand die Mittheilung erhalten, daß der Streit garnicht genehmigt sei. Der gute Wille des Vorstandes fehle. Dafür, daß durch einen Artikel der „Hollzarbeiterzeitung“ die Lohnbewegung Schaden erlitten, sei Leipart den Beweis schuldig geblieben. Daß er sich betrefft der von den Münchener Kollegen zu Weihnachten gefassten Resolution in seiner Stellungnahme vielleicht geirrt habe, gebe er zu. Von Nachtheil sei das aber nicht gewesen. Dafür seien die Münchener Kollegen zu gut organisiert. Wenn sich der Vorstand an die Information des Göttinger Verbandstages halte, sei eine Verlegung der Zeitung nach dem Sitze des Vorstandes nicht nöthig. Von einer Zusammenlegung würden die Kollegen keinen Vortheil haben. Wenn die Zeitung unabhängig dastehet, würden die Kollegen zufriedener sein, als wenn sie vollständig unter dem Einfluß des Vorstandes stände. Redner beantragte Ablehnung des Vorstandsantrages. Die übergroße Mehrzahl der folgenden Redner sprach sich ebenfalls für Beibehaltung des jetzigen Zustandes aus. Nur zwanzig Delegirte stimmten für den Vorstandsantrag, alle übrigen dagegen. Der Antrag war somit abgelehnt.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In den Rauchwaaren-Zurichtereien Hamburgs befinden sich jänmliche Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Lohnbewegung. Die Forderungen bestehen in Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung eines einheitlichen Logntarifs. Zutug ist zu vermeiden. — Die Maurer in Bledede sind in den Ausstand getreten, da ihre Forderung von 30 Pf. pro Stunde von den Meistern nicht bewilligt worden ist. Bis jetzt betrug der Stundenlohn 27 Pf. In den umliegenden Dörfern haben die Maurer ebenfalls die Arbeit niedergelegt. — Der Ausstand der Eisenfelder Färbereiarbeiter dauert ungeschwächt fort. Die Zahl der Ausständigen ist auf 1300 gestiegen. Die Unernehmerorganisation hat durch die Tageszeitungen bekannt gegeben, daß sie jede Unterhandlung bezw. Vermittelung ablehne und dabei

verharren müsse, die bedingungslose Aufnahme der Arbeit zu verlangen. Das Ende des so erbittert geführten Kampfes ist noch nicht abzusehen. — Die Textilarbeiter in Danabrück sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern: 1. Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, 2. die Erhöhung der Akkordsätze auf gewisse Fabrikationsartikel und 3. die Abschaffung des Mehrstuhlsystems. — Den Stations- und Streckenarbeiter der Tannusbahn, die wegen ungünstiger Lohnverhältnisse in größerer Anzahl kündigten, ist jetzt eine Lohnerhöhung von 30 Pf. täglich bewilligt worden. — In Wien droht auf die Reformvorschlüge der Gehälfen eingehen. — Die Bediensteten der Tramways in Barcelona, Bilbao und Valencia (Spanien) traten in den Ausstand. Außerdem werden noch folgende Streiks aus Spanien gemeldet: Bei Santander feiern 8000 Grubenarbeiter, in Madrid die Glas- und Kleiarbeiter, sowie die Wagenarbeiter, in Valencia die Gerber, in Gijon die Steindrucker.

**Aus New-York** wird berichtet: 25 Führer der streikenden Italiener am Crotonflusse wurden unter der Anklage verhaftet, daß sie unerlaubter Weise Waffen getragen, öffentliches Eigenthum beschädigt und Arbeitswillige bedroht hätten.

**Als Gewerbeinspektions-Assistentin** für Berlin und Charlottenburg ist Fräulein Reichert angestellt worden, die seit Jahren angeblich in Berliner Fabriken thätig war.

**Nicht geeignete Landarbeiter.** In einer Sitzung des landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Kirchhain (Kurhessen) äußerte, wie man uns von dort schreibt, der Landrath Freiherr von Schenk zu Schweinsberg, in landwirthschaftlichen Kreisen habe man die Heranziehung ungarischer und siebenbürgischer Deutscher zur Abstellung der „Leutenoth“ nicht empfehlen können, weil diese Leute in ihrer Heimath eine bessere Lebensweise gewöhnt seien, als man ihnen in Deutschland biete. — Die Agrarier können nur Leute brauchen, die noch geringere Ansprüche stellen als die heimischen Landarbeiter. Der Kuli ist ihr Ideal.

**Der Parteitag der polnischen Sozialdemokraten** in Berlin hat nach einem Bericht des „Vorw.“ noch den obersten Beschlüssen die Pflicht auferlegt, für die schnelle Ermöglichung der Verlegung des Parteiorgans „Gazetta Robotnicza“ von Posen nach Obereschlesien zu sorgen.

**Die sozialistischen Studenten von Paris** wollen einen internationalen sozialistischen Studenten-Kongress organisiren, der im September in Paris zusammentreten soll.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Einer großen Ausschreitung machte sich am 13. April Abends gegen 9 Uhr in Reisse ein Soldat schuldig. Derselbe verursachte in dem Bernerischen Kasernenlokal auf der Wilhelmstraße demartigen Lärm, daß er entfernt wurde. Dabei zerbrach er eine Fensterscheibe. Hierauf ließ er verfolgt die Wilhelmstraße entlang und wurde von dem am Gerichtesgefängnis stehenden Militärposten in Folge des entstandenen Geräusches festgehalten, wobei er, der „Meißner Ztg.“ zufolge, den Posten derartig in das Gesicht schlug, daß es blutete. Der Posten: arretirte den Soldaten. — In der Nacht zum Freitag sind bei dem Gutsbesitzer Walthar in Reinhardtgrimm (Sachsen) Einbrecher eingedrungen und haben die kränkliche Ehefrau und deren Tochter überfallen. Der Ehefrau wurde mittelst eines Rasirmessers die Kehle durchgeschnitten, sie starb in einer halben Stunde. Die Mörder haben viel geraubt und sind entkommen. — In Bösdorf an der Elster wurde auf dem Felde eine böhmische Landarbeiterin ermordet aufgefunden. Der Körper der Ermordeten weist erhebliche Verwundungen auf, die auf einen Suizid schließen lassen. Ein Landstreicher wurde als der Thät bringend verdächtig verhaftet. — Die früheren Direktoren des Vereins zur Begründung patriotischer Anstalten für Veteranen und Invaliden, Fischer und Joellmer, wurden wegen fortgesetzter Unterschlagungen von der Berliner Strafkammer verurtheilt und sofort in Haft

gehalten. Fischer erhielt wegen Unterschlagung und mehrfachen Betrugs zwei Jahre Gefängniß, Joellmer wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung 1 Jahr 6 Monate Gefängniß, je drei Monate wurden auf die Untersuchungsanstalt angerechnet. — Einen verwegenen Fluchtversuch haben in Tübingen zwei im Amtsgerichtsgefängniß internirte Gefangene unternommen. Das Gefängniß befindet sich in schwindelnder Höhe über der Neckarhalde, im südöstlichen Thurm des Schlosses Tübingen. Den beiden Ausbrechern, von denen der eine zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe abgeurtheilt war und kurz vor seiner Ueberführung in's Zuchthaus stand, während der andere, ein Postbote, eine geringfügige Strafe zu gewärtigen hatte, war es in der Nacht gelungen, die an den Thür grenzende Fachwerkwand ihrer Zelle zu durchbrechen. Durch das unbergitterte Flurfenster ließen sie sich alsdann an zusammengeknüpften Waffseilen, die den Gefangenen zur Verarbeitung übergeben waren, etwa zwanzig Meter tief in den Schlossgarten herab, von wo aus sie das Weite suchten. Ihre Waghalsigkeit frommte ihnen aber nicht viel: denn schon am nächsten Tage wurden die beiden Ausbrecher auf Grund des ihnen nachgeschickten Stedbriefes festgenommen. — Der „Köln. Ztg.“ wird von Montjoie gemeldet: Das neue Amtsgerichtsgebäude ist theilweise eingestürzt; zwei Arbeiter blieben todt, zwei wurden schwer verwundet. — Die strafgerichtliche Untersuchung betreffend die s. Zt. gemeldeten Colchicin-Vergiftungsfälle in der Krakauer Klinik wurde als gegenstandslos eingestellt. — In Niederöls (Böhmen) legte sich der Abhang des Brandelberges in Bewegung. Das Rutschterrain umfaßt eine Fläche von 10 Hektar. Sicherungsarbeiten wurden vorgenommen; doch ist Gefahr vorhanden, daß bei anhaltendem Regenwetter das Rutschterrain in die Elbe hineinstürzt, was eine bedeutende Rückstauung des Wassers verursachen und die Häuser bedrohen würde. — Die Noth nimmt überall in Indien zu, besonders aber in der Präsidentschaft Bombay und in den Rajputanastaten. Jetzt erhalten etwa 5 1/2 Millionen Menschen Unterstützung. — Die Venenpest in Buenos Aires ist angeblich vollkommen erloschen.

**Zum Koniger Mord** wird aus Schlochau berichtet: In einzelnen Orten unseres Kreises ist es anlässlich der Koniger Mordaffäre zu argen Ausschreitungen gegen die Juden gekommen. In Breslau, dem Wohnorte der Eltern des unglücklichen Ernst Winter, hat besonders wahre Rebellion geherrscht. Fast sämtliche Schaufenster und Thüren der jüdischen Geschäfte sind zerstört worden. Die Ortschaft war nicht im Stande, Eigentum und Person der Bedrückten vor den Erzelebenden zu schützen, so daß der Gemeindevorsteher wiederholt telegraphisch um Hilfe ersuchte. Noch am späten Abend lief ein Telegramm aus Breslau hier ein, in welchem um Absendung eines Gensdarmeskommandos gebeten wurde. Auch in Steger sind die jüdischen Einwohner hart bedrängt worden. Weiterhin wird aus Konig gemeldet: In der Mordaffäre hat die Untersuchung bisher nichts Weiteres mehr ergeben.

**Im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen** wurde der Schauspieler Johann Creischmar aus Kottbus, der am 10. Juli 1899 wegen Diebstahls im Rückfalle von der Strafkammer des Landgerichts zu Kottbus zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war. Er war beschuldigt, zu Mißen eine dem Lehrer gehörige Uhr entwendet zu haben. Die Verurtheilung erfolgte auf Grund des Zeugnißes des Lehrers, welcher behauptet hatte, daß die dem Angeklagten bei seiner Verhaftung abgenommene Uhr der seinigen vollständig gleiche. Später angestellte Ermittlungen ergaben, daß der Lehrer sich geirrt hatte. In Folge dessen hat das Gericht dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach laugen Beweiserhebungen stattgegeben und schließlich eine neue Hauptverhandlung angeordnet, die am Freitag stattfand. Das Ergebnis derselben war, daß das Gericht, dem Antrage des Verteidigers entsprechend, das frühere Urtheil aufhob und auf Freisprechung des Angeklagten erkannte. Letzterer, der bereits zehn Monate der erkannten Zuchthausstrafe verbißt hatte, wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Der Antrag auf Entschädigung wurde abgelehnt.

Sie trippelte in den Laden, troch in die hintere Ecke desselben, wo die leeren Blumentöpfe in einander gethürmt standen. Einem derselben entnahm sie ein häßliches Geldstück. Mit einem Nähn, in das sich etwas wie Spott mischte, hückte sie in die Kammer und schüttete das Geld in die Hand ihres Sohnes, der es mit blinkenden Augen betrachtete.

„Canaille!“ könnte es plötzlich hinter ihr, und eine kräftige Faust legte sich auf ihre Schulter. „So treibst Du's? Dem Herrn Sohne wird mein iauer verdientes Geld zugeführt, mein Geld!“

Damit suchte er das Geld dem jungen Menschen zu entwenden. Der aber, obwohl schwächlich und schwächlich, war geschickter als er und enthielt sich mit seiner Reute durch die Gangthür, die Schmidt bei seinem Eintritte offen gelassen hatte. Die Frau ließ ein schrilles Lachen aus.

„Dein Geld! Dem iauer verdientes Geld!“ höhnte sie. „Als ob Du je auch nur einen Pfennig verdient hättest, Du Zagdich! Alles, was hier ist gehört mir — und ihm, meinem Sohne — alles, alles! Sehen Bissen, den Du isst, der Schnaps, mit dem Du Dich bejauchst — alles, alles hast Du ihm gestohlen, Du verjoffener Lump Du —“

Sie hatte ihre feine, gezielte Sprechweise völlig vergessen und schrie ihn mit freischwebender Stimme an. Er blieb auf sie nieder. Dann ging er zu Schimpfwörtern über. Er packte die Frau mit der Faust und schüttelte sie, bis sie laut heulte.

„Laß die Mutter!“ rief es plötzlich beschlend. Der hatte ihr Schreigehör gehört und war in einer Auswandlung von Mitleidlichkeit zurückgetreten, ihr Hälse zu bringen. „Laß die Mutter, Du Schuft!“

Damit verzogte er dem Trunkvolde, der ohnehin nicht

jeht auf den Füßen stand, einen Stoß, daß er taumelnd zu Boden sank.

„Für heut' hast Du Ruhe vor ihm, Mutter. Leb' wohl. Und nun geh', es ist ein Käufer im Laden.“

## XV.

Frau Schmidt, geborene Clara Köppler, mit dem Künstlernamen Clarissa Kosee, war ehemals Tänzerin gewesen. Auffallend hübsch, grazios und geschmeidig, hatte sie, ohne in ihrer Kunst Hervorragendes zu leisten, so lange sie jung war, keine Mühe gehabt, Engagements zu finden. Und Anbieter ebenfalls. Meist waren es nur flüchtige Liebschaften gewesen, beendet und vergessen, sobald sie den jeweiligen Augentheilhaber wechselte. Sie war schon über die erste Jugend hinaus, als sie im Kreise leichtsinniger Gefährtinnen und nicht minder leichtsinniger Lebemänner, den Rechtsanwält Andre kennen lernte. Er fand Gefallen an der schlanken, zierlichen Blondine und näherte sich ihr. Daß er verheirathet sei, wußte die ganze Gesellschaft; ebenso wußte man hier, was andern Ortes nicht bekannt war, daß er es mit der ehelichen Treue nicht allzu genau nahm; zumal jetzt, wo seine Frau an den Folgen eines Wochenbettleidens seit fast einem halben Jahre krank darnieder lag. Die hübsche Clarissa wurde seine Geliebte. Dem Verhältniß entsproß ein Kind, Leon, wie ihrem französisirten Nachnamen entsprechend, die Tänzerin den Knaben damals nannte, Leo Köppler, wie er im Geburtsregister eingetragen war. Durch dieses Kind nun, dessen Erziehung aufs strengste verheißelt werden mußte, hatte Clarissa ihren Geliebten vollständig in ihre Hand bekommen. Er wollte ihr anfangs, um sie ein für allemal abzufinden, eine größere Summe aussetzen, aber der Plan gelangte nicht zur Ausführung; er mochte wohl die erforderlichen Mittel haben beschaffen können und Clarissa selbst zog vor, eine jährliche Rente zu erhalten; schon weil

Andree dadurch mit ihr in Verbindung zu bleiben genöthigt war. Nicht als ob sie darauf ausgegangen wäre, die Verhältnisse und prekäre Lage ihres Geliebten auszubenten. Sie war nichts weniger als berechnend; im Gegentheil: gutmüthig, leichtsinnig, in den Tag hineinlebend, schwach und lenkbar. Aber sie brauchte viel; besonders als sie älter wurde und es mit den Engagements nicht mehr recht glücken wollte. An dem Knaben, einem zarten Kinde mit langen blonden Locken, hing sie mit großer Zärtlichkeit und sorgte nach Kräften für sein Wohl. Bei sich behalten konnte sie ihn nicht, doch wünschte sie ihn möglichst in ihrer Nähe zu haben; daher wechselte er anfangs, ihrem unständigen Wandel leben folgend, häufig seine Pflegeeltern. Das ging, so lange er noch nicht schulfähig war. Allein Clarissa hatte großes mit ihm vor: er sollte studiren oder irgend etwas ganz Besondere werden, deshalb übergab sie ihn, als er heranwuchs, einem gut empfohlenen Knabenpensionat in der Stadt, wo Andree wohnte. Dieser war damit nicht einverstanden. Indessen brachte die große Nähe keinerlei Unzuträglichkeiten mit sich, denn der Knabe kannte ihn nicht und lebte in dem Bahne, sein Vater sei Künstler gewesen und schon längst gestorben. Er führte sich gut auf, und die Zeit, die er in dem Institute, streng und doch liebevoll behandelt, verlebte, war die schönste seines Lebens. Anfangs hatte er etwas Nähe, sich den andern Knaben anzupassen. Es gab da allerhand, über das diese sich lustig machten; die sonderbaren fantastischen Sammelstücke, die seine Mutter ihm schickte, die verwunderlichen Bücher der Künstlerin oder auch diese selbst, wenn sie einmal in ihren reichgelegten Seitenroben mit dem süß duftenden Sächem und glänzenden Armabändern zu Besuch erschien und nach Leons Meinung so viel vornehmer aussah, als die speißbürgerlichen Mamas der andern.

(Fortsetzung folgt)